Gesetz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsgesetz, StVG)

Vom 21. April 2005 (Stand 1. April 2022)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 63 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984[1)],

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich, Definitionen

[1] Dieses Gesetz regelt die Zuständigkeiten, welche den kantonalen Behörden für den Vollzug der Sanktionen des Schweizerischen Strafgesetzbuches zukommen.

[2] Als «urteilendes Gericht» wird jene Behörde bezeichnet, welche den rechtskräftigen Strafentscheid erlassen hat. Für Strafbefehle ist dies die Staatsanwaltschaft. *

[3] Ist die Behörde nach Abs. 2 kein Gericht, übernimmt deren Leitung jene Zuständigkeiten, welche in den nachfolgenden Bestimmungen dem Gericht oder dessen Präsidium zugewiesen sind.

§ 2 Ergänzende Bestimmungen

[1] Der Regierungsrat erlässt ergänzende Bestimmungen über Zuständigkeiten, Verfahren und Vollzugsmodalitäten in Strafvollzugssachen.

§ 2a * Datenschutzberatung

[1] Das Amt für Justizvollzug bezeichnet eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater.

[2] Sie oder er:

a. berät und unterstützt bei der Bearbeitung von Personendaten,

1) SGS 100

b. nimmt Datenschutz-Folgenabschätzungen vor (§ 11a Informations- und Datenschutzgesetz, IDG[2)]) und

c. arbeitet mit der Aufsichtsstelle Datenschutz (§ 35 IDG) zusammen.

2 Ausführung der Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB)[3)]

§ 3 Vollzug von Geldstrafen und Bussen (Art. 35–36 und 103 ff. StGB)

[1] Vollzugsbehörde für Geldstrafen und Bussen ist das urteilende Gericht.

[2] … *

[3] Das Präsidium des urteilenden Gerichts stellt fest, wann eine Geldstrafe oder Busse uneinbringlich ist und an ihrer Stelle eine Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden muss. Es beauftragt die Vollzugsbehörde gemäss § 4 mit dem Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe.

§ 4 Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen: zuständige Behörde

[1] Vollzugsbehörde für Urteile der kantonalen Gerichte in Strafsachen sowie für Urteile der Bundesstrafbehörden, die von den Kantonen zu vollstrecken sind, ist hinsichtlich der Freiheitsstrafen und Massnahmen sowie des vorzeitigen Straf- oder Massnahmenvollzugs gemäss Art. 236 der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) vom 5. Oktober 2007[4)] die Sicherheitsdirektion. Sie ist «zuständige Behörde» oder «Vollzugsbehörde» im Sinne des ersten und dritten Buches des Schweizerischen Strafgesetzbuches, sofern nicht anderweitige Regelungen bestehen. *

[2] Strafentscheide anderer kantonaler Behörden sind den Urteilen der kantonalen Gerichte gleichgestellt.

[3] Das urteilende Gericht oder die Behörde übermittelt nach Eintritt der Rechtskraft einen Urteilsauszug an die Vollzugsbehörde.

§ 5 Vollstreckungsbefehl

[1] Die Vollzugsbehörde setzt der verurteilten Person, sofern sie sich nicht bereits in Haft befindet, nach Erhalt des Urteils eine angemessene Frist, nach deren Ablauf sie die Strafe anzutreten oder sich der angeordneten Massnahme zu unterziehen hat (Vollstreckungsbefehl).

2) SGS 162
3) Die Reihenfolge der nachfolgenden Bestimmungen richtet sich nach der Systematik des StGB (SR 311.0).
4) SR 312.0

[2] Bei Ansetzung dieser Frist sind die Schwere der Tat, das Strafmass sowie die Lebens-, Verdienst- und Familienverhältnisse der verurteilten Person zu berücksichtigen. Eine Fristerstreckung ist nur ausnahmsweise und auf begründetes Gesuch hin zulässig.

[3] Im Vollstreckungsbefehl wird auf die Möglichkeit besonderer Vollzugsformen hingewiesen, sofern solche in Frage kommen.

§ 6 Allgemeine Kompetenzen der Vollzugsbehörde

[1] Die Vollzugsbehörde platziert die Person, bei welcher eine rechtskräftige oder vorzeitige Strafe oder Massnahme zu vollziehen ist, in einer geeigneten Anstalt. Sie berücksichtigt dabei die Ausführungen des Urteils, des Gutachtens sowie die persönlichen Umstände und die Gefährlichkeit der betroffenen Person. *

[2] Die Vollzugsbehörde ist zuständig für:

a. die Gewährung von Urlaub;
b. die Bewilligung von Arbeit ausserhalb der Anstalt;
c. die Verlegung in offenere Abteilungen innerhalb der Anstalt, in andere Anstalten sowie in das Arbeits- und Wohnexternat;
d. * die bedingte Entlassung, vorbehältlich der Fälle von Art. 64 Abs. 3 und Art. 64c Abs. 4–6 StGB;
e. die Anordnung von Weisungen;
f. die Festlegung der Probezeit.

[3] Sie kann die Zuständigkeit zur Verlegung innerhalb der Anstalt und zur Gewährung von Urlaub an die Strafanstalt delegieren.

§ 6a * Besondere Bestimmungen betreffend Beschwerdeverfahren

[1] Rechtsmittelinstanz gegen Entscheide der Vollzugsbehörde betreffend die Entlassung aus dem Straf- und Massnahmenvollzug ist das Kantonsgericht, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 16. Dezember 1993[5)] über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung (VPO).

§ 7 Aufschiebende Wirkung *

[1] ... *

[2] Anordnungen der Vollzugsbehörde sind unmittelbar vollstreckbar. Beschwerden dagegen kommt keine aufschiebende Wirkung zu, wenn nicht die Beschwerdeinstanz auf Gesuch hin diese verfügt.

5) SGS 271

§ 7a * Datenbearbeitung und Abrufverfahren

1 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs sowie weitere mit dem Vollzug beauftragte Personen sind berechtigt, die über eine sich im Vollzug befindende Person angelegten Daten, einschliesslich besonderer Personendaten, zu bearbeiten, soweit dies für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe erforderlich ist.

2 Psychiaterinnen und Psychiater, Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen und andere Fachpersonen, die mit einer Begutachtung, Behandlung oder Betreuung der sich im Vollzug befindlichen Person beauftragt sind, dürfen in die Vollzugsakten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, Einsicht nehmen, soweit die Aktenkenntnis für ihre Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Dies gilt auch für die Anbahnung solcher Aufträge.

3 Die Personen gemäss Abs. 1 und 2 sind im Rahmen ihres Auftrags von ihren gesetzlichen Geheimhaltungspflichten entbunden. Sie teilen der Vollzugsbehörde und der Leitung der Vollzugseinrichtung ungeachtet allfälliger Geheimhaltungspflichten ihre Erkenntnisse, Diagnosen und Prognosen mit. Sie klären die betroffenen Personen vor Beginn der Behandlung, Begutachtung oder Betreuung darüber sowie über ihr Recht auf Schweigen auf.

4 Personendaten gemäss den Abs. 1–3 können auch mittels Abrufverfahren beschafft oder zugänglich gemacht werden. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 7b * Videokonferenz

1 Vorbehältlich besonderer Bestimmungen, welche die Schriftlichkeit oder die persönliche Anwesenheit vorschreiben, kann der Verkehr zwischen der sich im Vollzug befindlichen Person, der Vollzugsbehörde und gegebenenfalls weiteren Behörden oder Stellen auch mittels Videokonferenz erfolgen.

§ 8 Gemeinnützige Arbeit (Art. 37–39, 107 und 375 StGB)

1 … *

2 … *

3 … *

4 Die Vollzugsbehörde kann andere Kantone oder, wenn Gewähr für eine korrekte Durchführung gegeben ist, auch öffentliche oder private Organisationen mit dem Vollzug von gemeinnütziger Arbeit beauftragen.

§ 9 Stationäre Massnahmen (Art. 59–62d StGB)

[1] Das Präsidium des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat, entscheidet über Anträge der Vollzugsbehörde betreffend: *

a. * die Verlängerung einer stationären therapeutischen Massnahme gemäss Art. 60 Abs. 4 StGB;

b. * die Abänderung einer stationären therapeutischen Massnahme gestützt auf Art. 62c Abs. 3 und 6 StGB, ausgenommen in eine stationäre Massnahme nach Art. 59 StGB und in eine Verwahrung nach Art. 64 StGB.

[1bis] Die Dreierkammer des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat, entscheidet über Anträge der Vollzugsbehörde betreffend: *

a. * die Verlängerung einer stationären therapeutischen Massnahme gemäss Art. 59 Abs. 4 StGB;

b. * die Abänderung einer stationären therapeutischen Massnahme gestützt auf Art. 62c Abs. 3 und 6 StGB, ausgenommen in eine Verwahrung nach Art. 64 StGB.

[2] Zuständig für die Verlängerung der Probezeit gemäss Art. 62 Abs. 4 StGB ist das Präsidium des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat.

[3] Die Vollzugsbehörde ist zuständig für den Entscheid über die Aufhebung einer stationären Massnahme (Art. 62c StGB) und den Vollzug der Reststrafe sowie deren Aufschub (Art. 62c Abs. 2 StGB). *

§ 10 Ambulante Massnahmen (Art. 63 f. StGB)

[1] Das Präsidium des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat, entscheidet über Anträge der Vollzugsbehörde betreffend: *

a. die Verlängerung der ambulanten Massnahmen gemäss Art. 63 Abs. 4 StGB;

b. * die Abänderung einer ambulanten Massnahme gestützt auf Art. 63b Abs. 5 StGB, ausgenommen in eine stationäre Massnahme nach Art. 59 StGB;

c. die Anrechnung eines allfälligen mit der ambulanten Behandlung verbundenen Freiheitsentzugs auf den Vollzug der Freiheitsstrafe gemäss Art. 63b Abs. 4 StGB.

Die Vollzugsbehörde stellt entsprechend Antrag.

[1bis] Die Dreierkammer des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat, entscheidet über Anträge der Vollzugsbehörde betreffend die Abänderung einer ambulanten Massnahme gestützt auf Art. 63b Abs. 5 StGB in eine stationäre Massnahme nach Art. 59 StGB. *

[2] Die Vollzugsbehörde ist zuständig für:

a. eine vorübergehende stationäre Platzierung gemäss Art. 63 Abs. 3 StGB;

b. für den Entscheid über den Vollzug der aufgeschobenen Freiheitsstrafe gemäss Art. 63b Abs. 1–3 StGB.

§ 11 Verwahrung (Art. 64–64b und 65 StGB)

[1] Zuständig für eine Verlängerung der Probezeit gemäss Art. 64a Abs. 2 StGB ist das Präsidium des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat.

[2] Zuständig für eine Rückversetzung in die Verwahrung gemäss Art. 64a Abs. 3 StGB oder eine Abänderung der Verwahrung in eine andere Massnahme gemäss Art. 65 StGB ist das Gericht, welches das Sachurteil gesprochen hat.

[2bis] Zuständig für eine nachträgliche Anordnung einer Verwahrung gemäss Art. 62c Abs. 3 ist die Fünferkammer des Strafgerichts. *

[3] Zuständig für die bedingte Entlassung aus der Verwahrung gemäss den Art. 64a–64c StGB ist die Vollzugsbehörde.

§ 12 Fachkommission für gemeingefährliche Straftäter (Art. 64b StGB)

[1] Der Regierungsrat setzt eine Fachkommission gemäss Art. 64b Abs. 2 StGB ein und erlässt die erforderlichen Bestimmungen.

[2] Die Fachkommission kann gemeinsam mit anderen Kantonen geführt werden. Der Regierungsrat kann entsprechende Vereinbarungen abschliessen.

[3] Die Fachkommission gibt auf Anfrage der Gerichte oder der Vollzugsbehörden Empfehlungen ab. Sie hat keine Entscheidbefugnis.

§ 13 * …

§ 13a * Verfahren betreffend Nachentscheide (Art. 363 StPO)

[1] Im Verfahren gemäss Art. 363 ff. StPO sind die verurteilte Person und die Staatsanwaltschaft Partei. Die Vollzugsbehörde wird beigeladen und hat die Rechte und Pflichten einer Partei, ist aber nicht legitimiert, gegen einen Entscheid Rechtsmittel einzulegen.

§ 13b * …

§ 13c * …

§ 14 Berufsverbot (Art. 67 f. StGB)

[1] Zuständig für die Einschränkung oder Aufhebung eines Berufsverbots gemäss Art. 67a Abs. 3–5 StGB ist die Vollzugsbehörde.

§ 15 Vollzugsplanung (Art. 75 StGB)

[1] Die Vollzugsplanung erfolgt gemeinsam zwischen den Institutionen des Straf- und Massnahmevollzugs und der Vollzugsbehörde. Die verurteilte Person wird in geeigneter Weise miteinbezogen.

§ 16 Elektronische Überwachung im Freiheitsentzug *

[1] Die Vollzugsbehörde kann zur Überwachung von Vollzugsmodalitäten oder -lockerungen technische Geräte einsetzen, die mit der verurteilten Person fest verbunden sind und insbesondere der Feststellung ihres Standorts dienen. *

§ 17 Unterbrechung des Vollzugs (Art. 92 StGB)

[1] Zuständig für die Unterbrechung des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Massnahme gemäss Art. 92 StGB ist die Vollzugsbehörde.

§ 18 * Bewährungshilfe, Weisungen (Art. 95 StGB)

[1] Zuständig für Entscheide gemäss Art. 95 Abs. 4 StGB sind bei bedingt aufgeschobenen Strafen das Präsidium des urteilenden Gerichts und bei bedingten Entlassungen die Vollzugsbehörde. *

[2] Die Zuständigkeit (Präsidium, Dreier- oder Fünferkammer des Strafgerichts oder Dreier- oder Fünferkammer des Kantonsgerichts) für die Rückversetzung in den Straf- und Massnahmenvollzug im Sinne von Art. 95 Abs. 5 StGB richtet sich nach der Höhe der Reststrafe. *

§ 19 * Strafantragsberechtigte Behörden bei Vernachlässigung von Unterstützungspflichten (Art. 217 Abs. 2 StGB)

[1] Strafantragsberechtigt im Sinne von Art. 217 Abs. 2 StGB sind auch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und das Kantonale Sozialamt.

§ 20 * …

§ 20a * Suchtmittelkontrollen

[1] Die Vollzugsbehörde kann im Rahmen des stationären oder ambulanten Straf- und Massnahmenvollzugs einschliesslich der Probezeit nach bedingter Entlassung zur Abklärung des Konsums von Suchtmitteln Atemluft-, Urin-, Blut- und Haarkontrollen anordnen.

[2] Bei begründetem Verdacht auf Suchtmittelkonsum können diese Kontrollen zwangsweise erfolgen.

§ 21 * …

§ 21a * Massnahmenindizierte Zwangsmedikation

[1] Die Vollzugsbehörde kann gegenüber Personen, an denen eine richterlich angeordnete stationäre therapeutische Massnahme gemäss Art. 59 StGB, eine Suchtbehandlung gemäss Art. 60 StGB oder eine richterlich angeordnete ambulante Massnahme gemäss Art. 63 StGB zu vollziehen ist, eine dem Zweck der Massnahme entsprechende medikamentöse Massnahme ohne Einwilligung der betroffenen Person («Zwangsmedikation») verfügen, soweit dies zur Durchführung dieser Massnahme notwendig ist.

[2] Die massnahmenindizierte Zwangsmedikation ist nur aufgrund einer entsprechenden Indikation durch eine psychiatrische Ärztin oder einen psychiatrischen Arzt zulässig.

[3] Die massnahmenindizierte Zwangsmedikation wird unter fachärztlicher Leitung durchgeführt.

§ 22 Koordinationsstelle Strafregister

[1] Die Sicherheitsdirektion ist die Koordinationsstelle gemäss Art. 4 Abs. 1 Strafregistergesetz (StReG)[6]. *

§ 23 Verfügung über Bussen usw. (Art. 374 StGB)

[1] Die innerhalb der kantonalen Gerichtsbarkeit verhängten Geldstrafen, Bussen und Einziehungen sowie die verfallen erklärten Geschenke und anderen Zuwendungen fallen dem Kanton zu.

[2] Für die Verwertung von Gegenständen ist die Sicherheitsdirektion zuständig. *

3 Anstalten

§ 24 Anstalten für Haft und Straf- und Massnahmenvollzug

[1] Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über den Vollzug von strafprozessualer Haft gemäss Art. 235 Abs. 5 StPO sowie den Vollzug von Strafen und Massnahmen gemäss Art. 377 ff. StGB. *

[2] Die Sicherheitsdirektion übt die Aufsicht über die Gefängnisse und die Vollzugseinrichtungen im Kanton sowie über Privatanstalten gemäss Art. 379 StGB aus, soweit diese nicht der Aufsicht anderer kantonaler Stellen unterstehen. *

[3] Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über den Betrieb und die Organisation der Einrichtungen nach Abs. 2. Er stellt sicher, dass: *

a. * die Freiheit der platzierten Personen nur so weit beschränkt werden darf, als es der Zweck des Freiheitsentzugs und die Aufrechterhaltung des Anstaltsbetriebs erfordern;

6) SR 330

b. * den besonderen Anforderungen von Personen mit Behinderungen oder anderweitigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen Rechnung getragen wird.

4 Für die Verpflegung und die Betreuung der Gefangenen können Kostenanteile erhoben werden. Der Regierungsrat regelt die Kostenansätze.

§ 24a * Einspracheverfahren

1 Für Verfügungen betreffend Disziplinar- oder anderen Massnahmen gegenüber eingewiesenen Personen des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof sowie der basellandschaftlichen Gefängnisse ist das Einspracheverfahren gemäss § 41 des Verwaltungsverfahrensgesetzes anwendbar.

D. Interkantonale Zusammenarbeit

§ 25 Interkantonale Zusammenarbeit

1 Der Kanton kann mit andern Kantonen Vereinbarungen treffen über den Vollzug von Strafen, Massnahmen und anderen Haftarten, die dazu benötigten Anstalten und die Aus- und Weiterbildung des Personals. Für deren Abschluss ist der Regierungsrat zuständig, soweit darin nicht verfassungsändernde oder gesetzeswesentliche Regelungen getroffen werden.

4 Begnadigung

§ 26 Zuständigkeit für Begnadigungen

1 Der Landrat ist die zuständige Behörde für Begnadigungen gemäss Art. 381 f. StGB und im Sinne von § 67 Abs. 1 Bst. g der Kantonsverfassung[7)] sowie für Urteile, die aufgrund kantonalen Rechts ergangen sind, vorbehältlich Abs. 2.

2 Begnadigungsgesuche betreffend Urteile, welche aufgrund des eidgenössischen oder kantonalen Rechts ergangen sind und auf eine Busse lauten, werden durch die landrätliche Petitionskommission endgültig beurteilt.

§ 27 Begnadigungsgesuche bei Busse

1 Begnadigungsgesuche, die ein auf Busse lautendes Urteil zum Gegenstand haben, sind innert 2 Monaten nach der Fristansetzung zur Zahlung der Busse bei der Sicherheitsdirektion einzureichen. Später eingegangene Begnadigungsgesuche können nur berücksichtigt werden, wenn ausserordentliche Umstände geltend gemacht werden. *

7) SGS 100

§ 28 Begnadigungsgesuche bei Übertretungsstrafen des kantonalen Rechts

[1] Die Art. 382 und 383 StGB finden auch bei Straftaten des kantonalen Übertretungsstrafrechts Anwendung.

5 Schlussbestimmungen

§ 29 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Die Verordnung (des Landrates) vom 11. Januar 1973[8)] zum Schweizerischen Strafgesetzbuch wird aufgehoben.

§ 30 Änderung bisherigen Rechts

[1] Das Gesetz vom 30. Oktober 1941[9)] betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG StGB) wird wie folgt geändert: ...[10)]

[2] Das Gesetz vom 3. Juni 1999[11)] betreffend die Strafprozessordnung (StPO) wird wie folgt geändert: ...[12)]

§ 31 Inkrafttreten

[1] Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten dieses Gesetzes[13)].

8) GS 25.33, SGS 241.1
9) GS 18.592
10) GS 35.1099
11) GS 33.825
12) GS 35.1099
13) Vom Regierungsrat am 19. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
21.04.2005	01.01.2007	Erlass	Erstfassung	GS 35.1092
12.03.2009	01.01.2011	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 37.105
12.03.2009	01.01.2011	§ 7	Titel geändert	GS 37.105
12.03.2009	01.01.2011	§ 7 Abs. 1	aufgehoben	GS 37.105
12.03.2009	01.01.2011	§ 13	aufgehoben	GS 37.105
12.03.2009	01.01.2011	§ 18	totalrevidiert	GS 37.105
12.03.2009	01.01.2011	§ 20 Abs. 1	geändert	GS 37.105
12.03.2009	01.01.2011	§ 21	aufgehoben	GS 37.105
08.03.2012	01.01.2013	§ 19	totalrevidiert	GS 37.912
22.03.2012	01.01.2013	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 37.1007
22.03.2012	01.01.2013	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 37.1007
22.03.2012	01.01.2013	§ 20 Abs. 2	geändert	GS 37.1007
16.01.2014	01.01.2015	§ 6 Abs. 2, Bst. d.	geändert	GS 2014.045
16.01.2014	01.01.2015	§ 20	aufgehoben	GS 2014.045
16.01.2014	01.01.2015	§ 22 Abs. 1	geändert	GS 2014.045
16.01.2014	01.01.2015	§ 23 Abs. 2	geändert	GS 2014.045
16.01.2014	01.01.2015	§ 24 Abs. 2	geändert	GS 2014.045
16.01.2014	01.01.2015	§ 27 Abs. 1	geändert	GS 2014.045
16.01.2014	01.01.2015	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	GS 2014.045
17.05.2018	01.09.2018	§ 8 Abs. 1	aufgehoben	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 8 Abs. 2	aufgehoben	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 8 Abs. 3	aufgehoben	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 13a	eingefügt	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 13b	eingefügt	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 13c	eingefügt	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 16	Titel geändert	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 20a	eingefügt	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 21a	eingefügt	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 24 Abs. 2	geändert	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	§ 24 Abs. 3	geändert	GS 2018.052
17.05.2018	01.09.2018	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2018.052
06.06.2019	01.11.2019	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	eingefügt	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 9 Abs. 1, Bst. b.	eingefügt	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 9 Abs. 1^{bis}	eingefügt	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 9 Abs. 3	geändert	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2019.055

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
06.06.2019	01.11.2019	§ 10 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 10 Abs. 1bis	eingefügt	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	§ 11 Abs. 2bis	eingefügt	GS 2019.055
06.06.2019	01.11.2019	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2019.055
14.01.2021	01.01.2022	§ 2a	eingefügt	GS 2021.106
14.01.2021	01.01.2022	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2021.106
15.12.2021	01.04.2022	§ 3 Abs. 2	aufgehoben	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 6 Abs. 2, Bst. d.	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 6a	eingefügt	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 7a	eingefügt	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 7b	eingefügt	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 9 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 9 Abs. 1bis, Bst. a.	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 9 Abs. 1bis, Bst. b.	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 9 Abs. 3	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 10 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 10 Abs. 1bis	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 13b	aufgehoben	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 13c	aufgehoben	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 18 Abs. 2	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 24 Abs. 1	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 24 Abs. 3	geändert	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 24 Abs. 3, Bst. a.	eingefügt	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 24 Abs. 3, Bst. b.	eingefügt	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	§ 24a	eingefügt	GS 2022.038
15.12.2021	01.04.2022	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2022.038

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	21.04.2005	01.01.2007	Erstfassung	GS 35.1092
§ 1 Abs. 2	12.03.2009	01.01.2011	geändert	GS 37.105
§ 2a	14.01.2021	01.01.2022	eingefügt	GS 2021.106
§ 3 Abs. 2	15.12.2021	01.04.2022	aufgehoben	GS 2022.038
§ 4 Abs. 1	22.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.1007
§ 4 Abs. 1	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 6 Abs. 1	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 6 Abs. 2, Bst. d.	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.045
§ 6 Abs. 2, Bst. d.	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 6a	15.12.2021	01.04.2022	eingefügt	GS 2022.038
§ 7	12.03.2009	01.01.2011	Titel geändert	GS 37.105
§ 7 Abs. 1	12.03.2009	01.01.2011	aufgehoben	GS 37.105
§ 7a	15.12.2021	01.04.2022	eingefügt	GS 2022.038
§ 7b	15.12.2021	01.04.2022	eingefügt	GS 2022.038
§ 8 Abs. 1	17.05.2018	01.09.2018	aufgehoben	GS 2018.052
§ 8 Abs. 2	17.05.2018	01.09.2018	aufgehoben	GS 2018.052
§ 8 Abs. 3	17.05.2018	01.09.2018	aufgehoben	GS 2018.052
§ 9 Abs. 1	22.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.1007
§ 9 Abs. 1	06.06.2019	01.11.2019	geändert	GS 2019.055
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	06.06.2019	01.11.2019	eingefügt	GS 2019.055
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 9 Abs. 1, Bst. b.	06.06.2019	01.11.2019	eingefügt	GS 2019.055
§ 9 Abs. 1, Bst. b.	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 9 Abs. 1^{bis}	06.06.2019	01.11.2019	eingefügt	GS 2019.055
§ 9 Abs. 1^{bis}, Bst. a.	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 9 Abs. 1^{bis}, Bst. b.	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 9 Abs. 3	06.06.2019	01.11.2019	geändert	GS 2019.055
§ 9 Abs. 3	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 10 Abs. 1	06.06.2019	01.11.2019	geändert	GS 2019.055
§ 10 Abs. 1, Bst. b.	06.06.2019	01.11.2019	geändert	GS 2019.055
§ 10 Abs. 1, Bst. b.	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 10 Abs. 1^{bis}	06.06.2019	01.11.2019	eingefügt	GS 2019.055
§ 10 Abs. 1^{bis}	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 11 Abs. 2^{bis}	06.06.2019	01.11.2019	eingefügt	GS 2019.055
§ 13	12.03.2009	01.01.2011	aufgehoben	GS 37.105
§ 13a	17.05.2018	01.09.2018	eingefügt	GS 2018.052
§ 13b	17.05.2018	01.09.2018	eingefügt	GS 2018.052
§ 13b	15.12.2021	01.04.2022	aufgehoben	GS 2022.038

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 13c	17.05.2018	01.09.2018	eingefügt	GS 2018.052
§ 13c	15.12.2021	01.04.2022	aufgehoben	GS 2022.038
§ 16	17.05.2018	01.09.2018	Titel geändert	GS 2018.052
§ 16 Abs. 1	17.05.2018	01.09.2018	geändert	GS 2018.052
§ 18	12.03.2009	01.01.2011	totalrevidiert	GS 37.105
§ 18 Abs. 1	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 18 Abs. 2	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 19	08.03.2012	01.01.2013	totalrevidiert	GS 37.912
§ 20	16.01.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014.045
§ 20 Abs. 1	12.03.2009	01.01.2011	geändert	GS 37.105
§ 20 Abs. 2	22.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.1007
§ 20a	17.05.2018	01.09.2018	eingefügt	GS 2018.052
§ 21	12.03.2009	01.01.2011	aufgehoben	GS 37.105
§ 21a	17.05.2018	01.09.2018	eingefügt	GS 2018.052
§ 22 Abs. 1	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.045
§ 23 Abs. 2	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.045
§ 24 Abs. 1	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 24 Abs. 2	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.045
§ 24 Abs. 2	17.05.2018	01.09.2018	geändert	GS 2018.052
§ 24 Abs. 3	17.05.2018	01.09.2018	geändert	GS 2018.052
§ 24 Abs. 3	15.12.2021	01.04.2022	geändert	GS 2022.038
§ 24 Abs. 3, Bst. a.	15.12.2021	01.04.2022	eingefügt	GS 2022.038
§ 24 Abs. 3, Bst. b.	15.12.2021	01.04.2022	eingefügt	GS 2022.038
§ 24a	15.12.2021	01.04.2022	eingefügt	GS 2022.038
§ 27 Abs. 1	16.01.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.045
Anhang 1	16.01.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.045
Anhang 1	17.05.2018	01.09.2018	Inhalt geändert	GS 2018.052
Anhang 1	06.06.2019	01.11.2019	Inhalt geändert	GS 2019.055
Anhang 1	14.01.2021	01.01.2022	Inhalt geändert	GS 2021.106
Anhang 1	15.12.2021	01.04.2022	Inhalt geändert	GS 2022.038

Erlasstitel	**Gesetz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsgesetz, StVG)**
SGS-Nr.	261
GS-Nr.	35.1092
Erlassdatum	21.04.2005 (2004/235, Rev. EG StGB / Erlass StVG)
In Kraft seit	01.01.2007
> Übersicht Gesetzessammlung des Kantons BL	

Hinweis: Die Links führen in der Regel zum Landratsprotokoll (2. Lesung), woselbst weitere Links auf die entsprechende Landratsvorlage, auf den Kommissionsbericht an den Landrat und das Landratsprotokoll der 1. Lesung zu finden sind. > Mehr

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Bemerkungen
15.12.2021	2022.038	01.04.2022	2021/240, Anpassungen in verschiedenen Bereichen (Verfahren, Präzisierungen etc.)
14.01.2021	2021.106	01.01.2022	2020/477, Anpassung an europ. Datenschutzrecht
06.06.2019	2019.055	01.11.2019	2019/89, Motion 2017/059, stationäre Massnahmen vor 3er-Kammer Strafgericht
17.05.2018	2018.052	01.09.2018	2017/268, Nachverfahren, rev. Sanktionenrecht etc.
16.01.2014	2014.045	01.01.2015	2012/227, Revision PolG
22.03.2012	37.1007	01.01.2013	2011/296, Entlastungspaket 12/15
08.03.2012	37.912	01.01.2013	2011/295, EG ZGB (Kindesschutz)
12.03.2009	37.105	01.01.2011	2008/148, Erlass EG StPO